



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 28. März 2022

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2022

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir treffen uns jetzt bereits das zweite Mal im März eines laufenden Haushaltsjahres, um den Kreishaushalt abschliessend zu beraten. Im vergangenen Jahr fanden diese Beratungen Anfang März statt. In diesem Jahr sind wir mit unseren Beratungen sogar am Ende des Monats angekommen. Die Umstellung auf die Sommerzeit haben wir damit schon hinter uns und der Monat April steht kurz vor der Tür. Das erste Quartal des aktuellen Haushaltsjahrs ist damit Vergangenheit und wir sind bereits mitten im Vollzug des Haushaltsjahres 2022. Doch abgesehen vom späten Zeitpunkt der Beratungen hat sich der Haushaltsentwurf seit seiner Einbringung am 13.12.2021 auch inhaltlich deutlich verändert. Aus 309 Mio. € Aufwendungen im Ergebnishaushalt sind mittlerweile 336 Mio. € geworden, was eine Veränderung von fast 9% innerhalb eines Quartals bedeutet. Daran lässt sich erkennen, dass wir uns in einem dynamischen Prozess befinden, der frühere Festlegungen schnell hinfällig werden lässt. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Neben einer überschaubaren Anzahl hauseigener Gründe sind dafür insbesondere externe Faktoren verantwortlich.

An erster Stelle für solche externen Faktoren kann nach mehr als 2 Jahren die Situation rund um die Covid-Pandemie benannt werden. Die Covid-Massnahmen haben zu einer Vielzahl von Veränderungen und Einschränkungen geführt. Dabei waren alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen: Neben dem gesamten Gesundheitsbereich als primär betroffenem Sektor waren dies die produzierende Wirtschaft, die Dienstleistungen, darüber hinaus auch die Legislative, Exekutive und Judikative. Aber nicht nur der privatwirtschaftliche und staatliche Arbeitsalltag, auch die gesellschaftspolitische und soziale Situation, die zwischenmenschlichen Beziehungen, der kulturelle Austausch bis hin zum individuellen Freizeitverhalten haben sich gravierend verändert. Es ist vollkommen klar, dass diese

Veränderungen auch deutliche Auswirkungen auf die Kreispolitik hatten und noch weiterhin haben werden. Dabei fiel die Pandemie in eine Phase, in der ohnehin schon grosse wirtschaftliche, politische und ökologisch begründete Veränderungsprozesse stattfanden. Beispielhaft seien hier die Transformation der Antriebstechnik im Fahrzeugbau und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Zulieferindustrie genannt. Die Digitalisierung aller Lebensbereiche läuft auf Hochtouren und der notwendige Umstieg auf regenerative Energien trägt ein Übriges dazu bei, dass in unseren bisherigen Strukturen und unter den Randbedingungen der Globalisierung kein Stein mehr auf dem anderen bleibt.

Wir haben vor diesem Hintergrund in der Vergangenheit stets die Position vertreten, dass wir die guten Jahre mit hohem Steueraufkommen nutzen sollten, um den notwendigen Umbau unserer Infrastruktur sicherzustellen.

Dazu zählen im Bildungsbereich die Investitionen in die beruflichen Schulen. Aktuell beispielsweise 0,5 Mio. € für die Hochvolttechnik an der Gewerbeschule in Villingen-Schwenningen, ebenfalls 0,5 Mio. € für die weitere Umsetzung der Digitalisierungsstrategie im Rahmen des „DigitalPakts Schule“, die Investitionen in die Einrichtungen der Landesberufsschule im Stadtbezirk Villingen oder die energetischen Fassadensanierungen an den KHS in Donaueschingen. Solche Investitionen in energetische Sanierungen werden den zukünftigen Energiebedarf reduzieren und den Gebäudeunterhalt vereinfachen. Auch die vorgesehenen Investitionen in verschiedene PV – Anlagen werden sich energetisch, finanziell, ökologisch und nicht zuletzt aus Gründen der Versorgungssicherheit positiv auswirken.

Neben den Schulgebäuden soll auch bei den Verwaltungsgebäuden kräftig investiert werden. Hervorzuheben ist dabei das ehemalige Postgebäude am Bahnhof Villingen, das mit einer Schlussrate in Höhe von 3,1 Mio. € energetisch, ausstattungstechnisch und unter Einbezug einer PV – Anlage nach der Sanierung dann auf einem aktuellen Stand sein wird. Für die geplante Erneuerung der Heizzentrale im Bereich der Gebäude „Am Hauptbühl“ konnte mit einer Kombination von Pelletsheizung und BHKW zwischenzeitlich eine gute Lösung gefunden werden. Weitere E-Ladesäulen an Kreisgebäuden vervollständigen beispielsweise die notwendige Infrastruktur zur vermehrten Nutzung elektrisch betriebener Fahrzeuge.

Beim Thema Kreisstrassen spielen die Investitionen im Bereich der Strassenmeistereien eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Bewirtschaftung dieser Infrastruktur. Zum Unterhalt der entsprechend klassifizierten Strassen sind moderne Geräte notwendig, die funktional, emissions- und sicherheitstechnisch (z.B. durch Vorwarntafeln, Sicherungsan-

hänger etc.) alle Anforderungen abdecken. Dies erscheint umso wichtiger, weil beispielsweise mit der Einführung einer Rufbereitschaft und bei generell steigenden Anforderungen das Aufgabenspektrum der Strassenmeistereien zukünftig noch weiter anwächst.

Bei den direkten Investitionen im Bereich der Kreisstrassen können wir grundsätzlich das von der Verwaltung vorgeschlagene aktualisierte Konzept mittragen. Allerdings gibt es hierzu von uns auch einige kritische Anmerkungen. Zum einen wird durch die Verschiebung zahlreicher (Teil) – Projekte die finanzielle Belastung in das kommende Haushaltsjahr verlagert. Die dafür angesetzten Preissteigerungen bei den Verpflichtungsermächtigungen sprechen eine deutliche Sprache und lassen angesichts der hohen Steigerungsraten nicht nur den Kämmerer aufhorchen. Zum anderen wäre beim weiteren Ausbau der Radwege eine zügigere Realisierung durchaus wünschenswert. Auf sehr lange Planungsphasen und auf einen sehr zähen Verlauf können wir schliesslich beim „Amphibienschutz“ blicken. Waren im Bereich der K 5720 bei Sinkingen für den Amphibienschutz zunächst 50.000 €, später dann 65.000 € und zuletzt 92.000 € angesetzt, ist das Projekt nun erneut verschoben worden. Der Kostenansatz beläuft sich mittlerweile für das Jahr 2023 auf 120.000 €. Die langen Planungszeiten sind bereits unter Tierschutzaspekten richtig schlecht. Bevor solche Projekte jetzt auch noch finanziell aus dem Ruder laufen, sollten sie endlich realisiert werden.

Beim ÖPNV stehen die grossen investiven Projekte wie Ringzugerweiterung, Elektrifizierungsmassnahmen (v.a. VS – RW) oder damit verbundene Baumassnahmen an Bahnhöfen oder Haltepunkten erst mittel- oder langfristig an. Leider müssen wir uns derzeit immer noch mit der ausstehenden Schlussabrechnung der Höllentalbahn befassen. Offensichtlich muss derzeit davon ausgegangen werden, dass die vom Landkreis verauslagten Finanzmittel im Haushaltsjahr 2022 nicht zurückgezahlt werden. Da die Betriebsaufnahme der Höllentalbahn mittlerweile schon einige Zeit zurückliegt, sollte der Landkreis hierbei energisch auf baldige Schlussabrechnung und Kostenerstattung drängen. Weitere Verzögerungen liegen aus verschiedenen Gründen kaum im Interesse des Landkreises.

Einer dieser Gründe ist, dass neue Herausforderungen im Bereich der ÖPNV-Strukturen anstehen. Durch die Gründung des Tarifverbunds mit unseren Nachbarkreisen Tuttlingen und Rottweil wird ein grosser Schritt für einen attraktiven ÖPNV in der Region gemacht. Dies ist jedoch kein Selbstläufer, die Mitarbeiter in der ÖPNV-Abteilung brauchen für den Aufbau der neuen Strukturen freie Arbeitskapazitäten und die Attraktivität der neuen Tickets wird u.a. auch durch hohe Zuschüsse vom Land und den Landkreisen gesteigert – das darf kein Flop werden! Wir hoffen dabei sehr, dass der neue Tarifverbund zeitlich wie geplant gestartet werden kann. Umstrittene Punkte wie das landesweite 365 € Jugendticket dürfen aus unserer Sicht keine bremsende Wirkung auf den Starttermin haben. Dieses Ticket ist übrigens ein schönes Beispiel dafür, dass wir uns mehr Transparenz zum

finanziellen Hintergrund und zu den Auswirkungen solcher Angebote wünschen. Aus unserer Sicht ist nämlich nicht klar, welche finanziellen Konsequenzen der Wegfall des geplanten verbundeigenen Jugendtickets zugunsten des Landestickets haben wird.

Ein weiterer Punkt beim Thema ÖPNV ist die vollständige Umsetzung des Nahverkehrsplans. Aktuell geht es dabei um die dritte Umsetzungstranche. Nachdem in den bisherigen Ausschreibungen immer wieder grundsätzliche Fragen aufgetaucht sind, erhoffen wir uns nach Überarbeitung der Vergabekriterien bei zukünftigen Ausschreibungen weniger Probleme.

Zuschüsse laufen im Bereich ÖPNV teilweise unter der Rubrik „freiwillige Leistungen“: Ob diese Zuordnung auf Grund der heutigen ÖPNV-Vorgaben immer noch zutreffend ist, kann durchaus kontrovers diskutiert werden. Etwas eindeutiger im „freiwilligen Bereich“ liegen Projekte im sozialen, kulturellen oder sportlichen Bereich, die zwar vom Landkreis unterstützt werden, für die jedoch keine gesetzlichen Verpflichtungen oder Rechtsansprüche bestehen. Dennoch haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass die in diesem Bereich erbrachten Leistungen für die gesellschaftliche Teilhabe, für die niederschwellige Problemlösung, für die kulturelle Vielfalt und nicht zuletzt auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein wahrer Segen sind. Von daher sind wir sehr dankbar, dass in den entsprechenden Ausschüssen die Mittel für Projekte wie die „Wärmestube“ oder für den „kirchlichen Sozialdienst“ wieder auf ein angemessenes Niveau angehoben wurden. Auf der anderen Seite dürfte aber auch niemand ernsthaft überrascht sein, dass wir zumindest bei 3 bezuschussten Einrichtungen im sozialen Bereich immer noch Handlungsbedarf sehen und die Rücknahme der sehr weitgehenden Kürzungen beantragen. Die meisten „freiwilligen Leistungen“ sollten schon allein wegen ihrem hohen ehrenamtlichen Anteil eine besondere Wertschätzung genießen. Zudem sollten diese Leistungen auch vertraglich mit den jeweiligen Partnern abgesichert werden.

Einkommensschwache Haushalte und Menschen in Problemlagen geraten derzeit noch mehr in Bedrängnis. Solchen Menschen Unterstützung zu geben ist eine der Hauptaufgaben des Landkreises und zudem auch eine seiner Kernkompetenzen. Die soziale Sicherung erfordert deutlich mehr als die Hälfte aller Aufwendungen im Kreishaushalt. Auch wenn dafür noch Landes- oder Bundeszuschüsse eingehen, ist der Nettoaufwand mit Kosten von weit über 100 Mio. € stets der dominante Faktor im Kreishaushalt. Die Veränderungsraten in den einzelnen Bereichen sind dabei sehr unterschiedlich. Aktuell werden z.B. deutliche Kostensteigerungen in den Bereichen „Hilfe zur Pflege“ oder im Bereich der „Jugendhilfe“ angenommen, während bei der „Eingliederungshilfe“ derzeit sogar rückläufige Kosten prognostiziert werden. Solche Dinge können sich aber auch sehr schnell wieder ändern.

Einen Aspekt möchte ich an dieser Stelle besonders herausstellen. Schon die bisherigen Flüchtlinge haben den Landkreis in den vergangenen Jahren vor grosse Herausforderungen gestellt. Dies gilt sowohl in der Kurzzeitbetrachtung als auch über längere Zeiträume. Neben der beachtlichen Zahl von Flüchtlingen aus den bisherigen Krisengebieten kommt durch den Krieg in der Ukraine jetzt zusätzlich eine sehr grosse Zahl von Menschen hinzu, die ebenfalls ein breites Band an Unterstützung und Hilfe brauchen. Dies führt u.a. dazu, dass fast 40 zusätzliche Personalstellen geschaffen werden müssen, sofern die prognostizierte Entwicklung so eintritt.

Diese teilweise dramatischen Entwicklungen spielen sich jedoch nicht in einem wirtschaftlich stabilen Umfeld ab, sondern vor dem Hintergrund von Rohstoffengpässen, Produktions- und Lieferschwierigkeiten, explodierenden Energiepreisen, weltweiten Sanktionsspiralen und einer generell sehr instabilen Situation. Dies wird auch weitere wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen auf unser direktes Umfeld haben. Damit geht die Covid-Krise nahtlos (oder sogar verstärkt) in die Ukraine - Krise über. Es entstehen Kosten, die dann noch verstärkt beim Landkreis aufschlagen werden. Aus heutiger Sicht erscheint es durchaus möglich, dass die Ukraine-Krise in einem weiteren Schritt in eine Wirtschaftskrise übergeht. Und damit ist jetzt keine kleine Konjunkturdelle gemeint! In so einer Situation ist ein leistungsfähiges Landratsamt gefordert, das mit ausreichenden personellen und finanziellen Kapazitäten die Herausforderungen in seinen Zuständigkeitsbereichen bewältigen kann.

Dies bedeutet ein klares „ja“ zu den zusätzlichen Personalstellen, insbesondere zu jenen, die vom Land zu 100% (z.B. im Bereich Biodiversitätsstärkungsgesetz) finanziert werden. Ebenso ein „ja“ zu den Personalstellen im Flüchtlingsbereich, die temporär und bedarfsgerecht geschaffen werden und deshalb mit „kw“ gekennzeichnet sind. Von unserer Fraktion kommt aber auch ein klares „ja“ zu ausreichenden Finanzmitteln für den Landkreis. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Kreisumlage in Höhe von 29,5 Prozentpunkten ist angesichts der aktuellen Entwicklungen keinesfalls zu hoch. Wir befürworten diesen Ansatz. Dessen unbenommen kann selbstverständlich bei der Grunderwerbssteuer oder bei den Bussgeldeinnahmen der Ansatz entsprechend den Ausschussberatungen erhöht werden.

Wie Eingangs erläutert, ist der Gesundheitsbereich und damit das Klinikum einer der primär betroffenen Sektoren. Dies lässt sich nicht nur im laufenden Betrieb, sondern auch am Jahresergebnis beobachten. Vor diesem Hintergrund ist es für uns naheliegend, dass der Landkreis als „finanzverantwortlicher Gesellschafter“ hierbei seine Verantwortung wahrnimmt und dem Klinikum in dieser Situation unter die Arme greift. Wir plädieren dabei

für eine Erhöhung des Stammkapitals (gemäss Variante 1 AVWG), da dies für den Landkreis und wegen der nicht zu unterschätzenden Aussenwirkung aus unserer Sicht die beste Variante ist.

Ich komme zur Zusammenfassung:

- Wir kommen aus einer langanhaltenden Phase guter Jahresabschlüsse und stetigen Wachstums. Die Covid-Pandemie hat uns in den vergangenen beiden Jahren den ersten kräftigen Dämpfer versetzt. Der Krieg in der Ukraine schliesst sich jetzt unmittelbar an und die Auswirkungen werden uns zusätzlich sehr stark fordern – tragisch!
- Die vor dem Jahr 2020 gestarteten Grossprojekte (wie z.B. die neue LRA-Aussenstelle im früheren Postgebäude oder die umfangreichen Schulsanierungen) werden fertiggestellt. Bei neu anlaufenden Projekten wird versucht, die Mittelbereitstellung entsprechend der absehbaren Realisierung anzupassen. Strecken und schieben kann aber bedeuten, erhebliche Preissteigerungen nachfinanzieren zu müssen – zunehmend schwierig!
- Trotz der erheblichen Belastungen und Einschränkungen in den vergangenen beiden Jahren versucht der Landkreis in vielen Bereichen, sich für die Zukunft betrieblich fit zu machen. Dazu zählen Projekte wie die Digitalisierung der verschiedensten Prozesse, der Umstieg im Wärmebereich auf erneuerbare Energien, die Installation von PV-Anlagen zur Reduktion des externen Strombezugs, der zunehmende Einsatz der Elektromobilität, die Umsetzung des Nahverkehrsplans und der Start des Tarifverbunds, die Einführung der gelben Tonne zur Steigerung der Recyclingquoten und vieles mehr – gut!
- Im Bereich der sozialen Sicherung – dem Kernbereich des Landratsamts – sind bereits bisher hohe Steigerungsraten aufgetreten. Die Gewährung von Hilfen, Zuschüssen, Unterstützungsleistungen etc. beruht dabei (fast ausschliesslich) auf gesetzlichen Grundlagen. Ein Teil der Kostensteigerungen konnte durch erhöhte Zuschüsse von Bund und Land aufgefangen werden. Trotzdem verbleibt ein grosser Teil der Kosten beim Landkreis und wird durch die Kreisumlage nicht vollständig gedeckt. Sollte die Kreisumlage nicht entsprechend angepasst werden, vergrössert sich diese Differenz – nicht sachgerecht!
- Die „Freiwilligkeitsleistungen“ sind im sozialen und kulturellen Bereich nicht „nice to have“, sondern ein wichtiger Bestandteil und Stützfaktor der ehrenamtlichen, gemeinwohlorientierten und interdisziplinären Basisarbeit. Hier massiv zu sparen – nicht akzeptabel!
- Der Finanzhaushalt steht bisher immer noch sehr gut da. Sollten sich jedoch aus zusätzlichen Belastungen im Ergebnishaushalt – beispielsweise bei einem deutlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung – die Rahmenbedingungen verschlechtern,

kann sich das sehr schnell ändern. Es gibt derzeit eine grosse Zahl negativer externer Faktoren und es tut mir leid, das so deutlich ansprechen zu müssen: Die Aussichten sind - trübe!

Je nach Verlauf und Ausgang der aktuellen Debatte werden wir auch in diesem Jahr situativ entscheiden, ob wir dem Haushalt 2021 zustimmen können.

Wie immer gilt unser Dank dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen. Im Namen unserer Fraktion bedanke ich mich auch bei allen Kolleginnen und Kollegen im Kreistag für die gute Zusammenarbeit. Und eines gilt noch viel mehr als in früheren Jahren: Ich wünsche uns allen Frieden, Zuversicht und einen guten Weg aus der Krise!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:7 Seite(n), 2236 Wörter, 14874 Zeichen